

Wie lässt sich der Euro retten?

Guy Verhofstadt



Wie lässt sich der Euro retten?

Guy Verhofstadt

Gütersloh, Dezember 2010

Kontakt:

Stefani Weiss

Director Brussels Office

Programme Europe's Future

Bertelsmann Stiftung

Phone +32 2 223-3891

E-Mail stefani.weiss@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de; www.bertelsmann-stiftung.de/bruessel

VORWORT

Nach November 2008 veröffentlicht die Bertelsmann Stiftung heute einen weiteren "Zwischenruf" von Guy Verhofstadt¹, der messerscharf die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Europäische Union analysiert. Guy Verhofstadt bleibt dabei nicht stehen, sondern schlägt konkret vor, wie durch mehr Integration und die Ausgabe von Euro-Bonds das europäische Projekt wieder zukunftsfest gemacht werden könnte.

Kein Zweifel, der Euro befindet sich in schwerem Fahrwasser. Dringend benötigt werden mutige Konzepte, wie die Eurozone vor dem Zerfall bewahrt werden kann. Bisher haben jedenfalls alle Stabilisierungsmaßnahmen der EU wie der Mitgliedstaaten die Finanzmärkte nicht beruhigen können. Nach der noch einmal abgewendeten Schuldenkrise in Griechenland und jüngst in Irland geraten nun Portugal und Spanien immer stärker unter Druck. Italien könnte bald folgen. Wir stimmen daher mit Guy Verhofstadt überein, dass es ein sehr viel stärkeres Signal braucht. Die EU muss zeigen, dass sie für mehr Integration und nicht weniger optiert. Der Euro wird nur überleben können, wenn die Mitgliedstaaten endlich ernst machen und der Währungsunion die Finanz-, Wirtschafts- und Sozialunion zur Seite stellen.

Mehr Integration auch in budgetärer und wirtschaftspolitischer Hinsicht setzt aber das Gesetz nicht außer Kraft, dass schlechtes Wirtschaften auch in der Zukunft durch die Märkte bestraft werden wird. Die unterschiedlichen Zinsen auf dem europäischen Anleihenmarkt spiegeln diese Tatsache. Und diese Tatsache kann nicht dadurch aus der Welt geschafft werden, dass der momentane wirtschaftliche Erfolg Deutschlands kritisiert wird. Vielmehr scheint es überfällig, dem Verhalten der privaten Investoren mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Schließlich wird es nicht nur deutschen Steuerzahler immer schwieriger zu vermitteln sein, warum sie die Spekulationsverluste von Banken, Fondsgesellschaften und anderen Investoren zu schultern haben, jedoch an den enormen Profiten, die in der Vergangenheit durch eben diese risikoreichen Geschäfte verdient wurden, praktisch nicht beteiligt sind.

Stefani Weiss,
Bertelsmann Stiftung

¹ Guy Verhofstadt, a former prime minister of Belgium, is MEP and Leader of the Alliance of Liberals and Democrats for Europe.
<http://www.europarl.europa.eu/members/public/geoSearch/view.do?country=BE&partNumber=1&language=EN&id=97058>

Vor knapp einem Jahr ist die Krise um den Euro ausgebrochen. Ende vergangenen Jahres teilte die neu angetretene griechische Regierung mit, dass das Haushaltsdefizit nicht 3,7 %, sondern 13,7 % betrage. Etwa zur selben Zeit machte die Europäische Zentralbank (EZB) im Rahmen der so genannten Exit-Strategie ihre Pläne bekannt, den Ratingcode BBB+ nicht länger als Sicherheit für die Gewährung von liquiden Mitteln für die Banken zu akzeptieren. Kurz zuvor hatte Standard & Poor's das Rating für griechische Staatsanleihen auf BBB+ abgesenkt. Banken und andere Finanzinstitute begannen, griechische Staatsanleihen im großen Stil abzustoßen. Seitdem hat es auf den Finanzmärkten kaum einen Tag der Ruhe gegeben.

Es stellt sich die Frage, warum dies so ist. Was läuft schief? Was läuft verkehrt? Denn in der Zwischenzeit wurden in den meisten Ländern der Eurozone sehr strenge Sparpläne verkündet. Darüber hinaus wurde seit Mitte des Jahres – allerdings erst nach fünf Monaten Palaver – ein Rettungsmechanismus entwickelt, die so genannte „European Financial Stability Facility“ (EFSF), die zusammen mit dem „Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus“ (EFSM) und dem IWF über rund 750 Mrd. Euro verfügt, um Euroländern zu helfen, die nicht mehr in der Lage sind, zur Refinanzierung ihrer Schulden selbst an die Finanzmärkte zu gehen. Darüber hinaus wurden Griechenland 110 Mrd. Euro zugeschoben, und Irland erhielt als erster Mitgliedsstaat der Eurozone 45 Mrd. Euro aus dem EFSF sowie 22,5 Mrd. Euro vom IWF. Inzwischen geht keine Woche ins Land, in der die Europäische Zentralbank nicht von einem der am schwersten getroffenen Länder Staatsanleihen kauft, um zu versuchen, deren immer weiter steigende Zinssätze im Zaum zu halten. Schließlich wurde auch noch eine Verschärfung des Stabilitätspakts vereinbart, mit der strengere Sanktionen für Budgetsünder eingeführt wurden. In diesem Zusammenhang wurde erstmalig auch vereinbart, so genannte makroökonomische Ungleichgewichte zu erfassen und anzugehen. Man kann infolgedessen schwerlich behaupten, die europäischen Institutionen und deren Führungsriege blieben passiv oder betrachteten die Krise faul von ihrem Sessel aus. Im Gegenteil. Und dennoch bleibt die Krise weiter virulent und weitet sich aus.

Weshalb? Es scheint so, als erachte man auf den Märkten all diese Maßnahmen als „zu spät und nicht ausreichend“. Unter dem Druck der Umstände werden zwar Maßnahmen getroffen und Reformen angekündigt – Maßnahmen und Reformen, die häufig in die richtige Richtung gehen. Doch nach Meinung der Finanzmärkte setzen diese Maßnahmen zu spät ein oder sind in zeitlicher Hinsicht oder im Hinblick auf deren Umfang zu beschränkt, um das Ruder tatsächlich wenden zu können. Dieser Eindruck wird noch verstärkt durch die Kakophonie, die seit Ausbruch der Krise herrscht. Eine Kakophonie, die durch eine Lawine von Statements europäischer Führungspersonlichkeiten aus der Politik ausgelöst wurde, die im besten Fall einander nicht widersprechen. Statements, die meist darauf abzielen, die Wähler im eigenen Land positiv zu stimmen, ohne zu berücksichtigen, dass diese in ganz Europa gehört werden und häufig negative Auswirkungen auf die weltweiten Finanzmärkte haben.

1. Ein wirtschaftspolitischer Pfeiler neben dem währungspolitischen Pfeiler

Der wahre Grund allerdings, weshalb die Krise weiter virulent bleibt, ist der Unwille der politisch Verantwortlichen, das strukturelle Problem, mit dem der Euro seit seiner Einführung zu kämpfen

hat, anzuerkennen und anzugehen. Halten wir uns das klar und deutlich vor Augen: Nirgendwo auf der Welt gibt es eine einheitliche Währung ohne eine einheitliche Regierung, die sich auf ein großzügiges, glaubwürdiges Budget und auf ein Paket eigener Finanzmittel stützen kann, ohne eine einheitliche Regierung, die ihre finanzielle Schlagkraft unter anderem aus einem möglichst liquiden Anleihenmarkt schöpft, und das alles, um eine einheitliche Wirtschaftspolitik zu führen und um eine einheitliche, zukunftsgerichtete wirtschaftspolitische Strategie zu entwickeln. Oder anders ausgedrückt: Der Euro kann nicht überleben, wenn er sich weiterhin mit sechzehn bzw. ab 1. Januar mit siebzehn Regierungen, siebzehn verschiedenen wirtschaftspolitischen Strategien und siebzehn unterschiedlichen Anleihenmärkten konfrontiert sieht. Die Koordination all dieser Regierungen mit ihren jeweils eigenen nationalen Politikstrategien ist sicherlich lobenswert, reicht aber allein bei weitem nicht aus. Die „Koordination“ allein ist nicht in der Lage, die wirtschaftlichen und budgetären Gegensätze zu überbrücken, die heutzutage in der Eurozone herrschen und denen sich die einheitliche Währung unterordnen muss. In den vergangenen zehn Jahren wurde nachgewiesen, dass „Peer Review“ und sanfter Zwang dafür nicht ausreichen. Das jämmerliche Scheitern der Lissabon-Strategie hat dies nur allzu deutlich gezeigt. Mehr noch, seit der Einführung des Euro haben die Gegensätze in der Eurozone, vor allem zwischen dem Norden und dem Süden, weiter zugenommen. An was es uns folglich gebricht, ist nicht eine unverbindliche Koordination nationaler Politikstrategien, sondern eine zwingende Konvergenz und Harmonisierung der Politik in der Eurozone, die von einem zentralen Punkt, einer zentralen Instanz aus gesteuert werden. Kurzum, es fehlt neben dem derzeitigen währungspolitischen Pfeiler ein stabiler wirtschaftlicher und politischer Pfeiler, ohne den einer Einheitswährung kein langes Leben beschert ist.

Und hier drückt der Schuh. Ein stabiler wirtschaftlicher und politischer Pfeiler, also eine wahrhaft wirtschaftspolitische Leitung der Eurozone, hat zur Voraussetzung, dass zusätzliche Kompetenzen und Befugnisse von den einzelnen Mitgliedsstaaten an die Union übertragen werden. Wirtschaftliche Reformen, die Modernisierung des Arbeitsmarkts, die Reform der Rentensysteme, die Zukunft des Steuersystems, all das sind dringende Aufgaben, die dann von den gemeinsamen Institutionen der Eurozone und der Europäischen Union in Angriff genommen werden müssten. Und genau das wollen viele Länder, allen voran Deutschland, absolut nicht. Verblendet durch die wirtschaftlichen Erfolge, die das Land derzeit verbucht, schauert man bei dem Gedanken, Brüssel neue Aufgaben zu übertragen und so von Berlin mehr Entscheidungsbefugnisse an externe Stellen zu vergeben.

Deshalb auch die Flucht nach vorn auf deutscher Seite, also das Ziel, möglichst schnell eine Einigung in Bezug auf die Einführung eines beständigen Rettungsmechanismus zu erzielen, von dem man sich erhofft, dass dieser die Ruhe rund um den Euro wiederherstellen kann. So wird vermieden, dass die eigentliche Ursache des Problems angegangen werden muss, was zwangsläufig zu einer Übertragung zusätzlicher Souveränitätsbefugnisse führen müsste. Und so kommt sehr bald auch das Ende des zeitlich begrenzten Rettungsmechanismus, der von Anfang an – und gänzlich zu Unrecht – als regelrechter Aderlass des (deutschen) Steuerzahlers dargestellt wurde. Wie dem auch sei, damit der beständige Rettungsmechanismus den Euro zurück in ruhigeres Fahrwasser bringen kann, muss es sich um einen sehr robusten Mechanismus handeln. Daher rühren die immer dreisteren Maßnahmen und Sanktionsmechanismen, die vorgeschlagen werden: Sanktionen gegen Mitgliedsstaaten, die die Auflagen nicht erfüllen, indem diesen das Stimmrecht entzogen werden soll, Sanktionen auch gegen die Inhaber von Schuldverschreibungen, die sich in Zukunft an der Bezahlung der Rechnungen beteiligen sollen.

Die auflodernde Unruhe auf den Finanzmärkten hat daher zum großen Teil nicht so sehr mit dem objektiven Zustand zu tun, in dem sich zahlreiche Euroländer befinden, sondern mit dem beharrlichen Dringen Deutschlands, die Eurokrise nicht strukturell, sondern ausschließlich mithilfe strengerer Sanktionen anzugehen und dabei auch Umschuldungen oder gar einen Bankrott nicht auszuschließen. Damit soll nicht gesagt werden, dass strengere Sanktionen nicht erforderlich sind. Im Gegenteil: Sie sind sogar bitter nötig. Aber es müssen intelligente Sanktionen sein und keine Sanktionen, die die Situation noch verschlimmern statt die Ursachen zu bekämpfen, die der Situation zugrunde liegen.

2. Einrichtung eines permanenten Krisenmechanismus

Und das ist genau, was jetzt geschieht. Seit durch ein internes Arbeitspapier der deutschen Regierung vom 11. November dieses Jahres die Grundzüge dessen an die Öffentlichkeit geraten ist, wie der permanente Krisenmechanismus funktionieren soll, wurde die Krise um den Euro zu einer sich immer schneller drehenden Negativspirale. Und das ist auch nicht weiter verwunderlich. Schließlich würden im Gegensatz zum zeitlich begrenzten Rettungsmechanismus mit einem Volumen von 750 Mrd. Euro in der deutschen Version des permanenten Krisenmechanismus, dessen Grundzüge nun auch von den Finanzministern der anderen Euroländer geteilt werden, diese Länder erst in einer zweiten Phase eingreifen. Bei einem Beinahe-Bankrott eines Eurolands müssten die Inhaber von Staatsanleihen des betreffenden Landes (Banken, Fonds, Anleger) zunächst selbst die Restrukturierung der Schuld in Angriff nehmen. Dies wäre, so suggeriert der deutsche Vorschlag, mithilfe einer automatischen Laufzeitverlängerung der Anleihen oder durch ausgehandelte Bewertungsabschläge möglich, also durch eine teilweise Erlassung der Schuld. Dies bedeutet in beiden Fällen für die Inhaber der betreffenden Anleihen letztendlich einen Verlust. Wie dem auch sei, die anderen Euroländer müssten in letzter Instanz noch immer mit Bürgschaften und Liquiditätshilfen eingreifen, doch nur, wenn dies wirklich erforderlich ist und wenn alle Länder dem zustimmen.

Es ist klar, dass die politisch Verantwortlichen in Deutschland sich von der Art und Weise haben inspirieren lassen, mit der der Internationale Währungsfonds (IWF) vorgeht. So wie wir jetzt den „Pariser Club“ kennen, der die Schuldenerlasse der Entwicklungsländer regelt, schwebt ihnen ein – man darf ihn ruhig so nennen – „Berliner Club“ vor, der etwa dieselbe Aufgabe erfüllt, allerdings ausschließlich für die Länder der Eurozone. Es gibt allerdings einen grundlegenden Unterschied. Der IWF ist eine internationale Organisation, die alle Währungszone umfasst, während der EWF – oder wie immer sich der neue, permanente Krisenmechanismus auch nennen möge – sich auf die europäische Einheitswährung beschränken wird. Mit anderen Worten: Während ein Schuldenerlass seitens des IWF ein isolierter Eingriff in ein einzelnes Land mit eigener Währung ist, ohne dass eine große Gefahr der Ansteckung anderer Länder und anderer Währungen besteht, wird der EWF ähnliche Transaktionen in einem oder möglicherweise auch in mehreren Ländern durchführen, die selbst keine eigene Währung mehr besitzen, sondern die zu einer einheitlichen Währungszone gehören. Es ist unnötig zu erwähnen, dass ein solcher Eingriff die Glaubwürdigkeit der gesamten Zone beeinträchtigt und dass die Gefahr der Ansteckung anderer Länder in dieser Zone sehr real sein wird. Immer wenn eine solche Operation angestrengt wird, werden doch zwei überdeutliche Signale an die Finanzmärkte ausgesendet. Zum ersten, dass in der Zone keine hinreichende interne Einigkeit und vor allem keine interne Disziplin herrscht, und

zum zweiten, dass die übrigen Länder in dieser Zone nicht bereit sind, die erforderliche Solidarität zu leisten, die in einer Währungszone jedoch vorausgesetzt wird. Kurzum, die Botschaft nach außen lautet, dass die Zone nicht funktioniert und auf jeden Fall nicht auf soliden Fundamenten beruht.

Wie logisch und rational der deutsche Vorschlag auch erscheinen mag, es handelt sich faktisch um einen äußerst gefährlichen Mechanismus, der die Existenz der ganzen Währungsunion bedroht. Er wird in jedem Fall die Zinssätze in vielen Ländern der Eurozone weiter nach oben treiben. Denn es besteht kein Zweifel daran, dass Fonds, Banken und Anleger eine deutliche zusätzliche Risikoprämie fordern werden, wenn der neue Rettungsmechanismus erst einmal in Kraft tritt. Ab diesem Moment besteht schließlich die reale Gefahr, dass die Anteilsinhaber und nicht etwa die Staaten für die Probleme in einem Land der Eurozone gerade stehen müssen. Die ganze Operation wird vielleicht noch immer hohe „Spreads“ zum Ergebnis haben. Unzweifelhaft drohen allen anderen Ländern der Eurozone außer Deutschland steigende Zinsen für ihre Staatsschulden. Es sieht bereits jetzt danach aus, als müssten wir dafür nicht auf die Einführung des permanenten Krisenmechanismus warten. Seit Bundeskanzlerin Merkel den Vorstoß wagte, dass Inhaber von Schuldverschreibungen ihren Beitrag zu leisten hätten, gibt es kein Halten mehr. Die Iren können zu dieser Diskussion auf jeden Fall das ihre beitragen.

Ist neben der Verschärfung des Stabilitätspakts dann kein beständiger Krisenmechanismus erforderlich? Doch, sicher. Nur müssen wir darauf achten, dass es ein intelligenter Mechanismus ist, ein Mechanismus, der die Eurozone stärkt und nicht weiter schwächt. Dass es mit anderen Worten ein System ist, das die Disziplin der verschiedenen Teilnehmerländer stärkt und gleichzeitig die Solidarität innerhalb der Zone selbst steigert, also mehr „Disziplin“ und gleichzeitig mehr „Solidarität“ bringt. Es stellt sich allerdings die Frage, ob ein solcher Mechanismus überhaupt denkbar ist. Die Antwort lautet ja. Wir müssen dann allerdings bereit sein, neben der Einrichtung eines permanenten Krisenmechanismus² auch über eine andere Schwachstelle der Eurozone nachzudenken, und zwar über das Fehlen eines einheitlichen Euro-Anleihenmarkts. Vielleicht kann die Verbindung beider Ideen zu einer befriedigenden Lösung führen.

3. Der Euro-Anleihenmarkt

Heute gibt es in jedem Land der Eurozone noch immer einen eigenen Staatsanleihenmarkt. Auf diesem Markt finanziert das jeweilige Land seine öffentlichen Schulden zu einem Zinssatz, der von verschiedenen Faktoren wie etwa der Solidität der öffentlichen Finanzen und der Wirtschaftskraft sowie der Wettbewerbsfähigkeit des Landes abhängt. Doch auch die Liquidität, also der Umfang des Markts, ist ein wichtiger Faktor. Je höher die Liquidität ist, also je größer der Umfang des Markts, desto niedriger ist der Zins, der bezahlt werden muss. Dies wird als „Liquiditätsprämie“ bezeichnet, ein Vorteil, von dem alle Euroländer profitieren könnten. Darüber hinaus könnte die Einrichtung eines einheitlichen Euro-Anleihenmarkts dem Anstieg der „Spreads“ ein Ende bereiten, also der zunehmenden Differenz zwischen den (niedrigen) Zinsen, die Deutschland für seine

² Für die Einrichtung eines permanenten Krisenmechanismus kann am besten auf die Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds ausgehend vom Vorschlag von Gros/Mayer zurückgegriffen werden. In diesem Vorschlag werden nicht nur strikte Bedingungen für die Gewährung von Krediten gestellt. Diese müssen auch durch Strafgeder finanziert werden, die die Mitgliedsstaaten zu entrichten haben, wenn sie die Maastricht-Kriterien für Haushaltsdefizit bzw. öffentlichen Schuldenstand nicht einhalten.

Bundeswertpapiere bezahlt, und den (höheren) Zinsen, die die anderen Mitgliedsstaaten tragen müssen. Diese „Spreads“ sind für viele Euroländer so sehr gestiegen, dass diese nicht nur für die betreffenden Länder selbst, sondern auch für die Kohäsion des Euros zur Bedrohung geworden sind. So sind etwa die Spreads im Falle von Spanien, Portugal, Irland und Griechenland inzwischen auf über 200, über 400, über 500 bzw. sogar auf über 900 Basispunkte angestiegen.

Andererseits wird befürchtet, dass die Einrichtung eines einheitlichen Euro-Anleihenmarkts, auf dem alle öffentlichen Schulden der Euroländer gehandelt würden, den Druck auf die betreffenden Länder vermindern würde, ihre Angelegenheiten selbst in Ordnung zu bringen. Diese Befürchtung ist natürlich nicht unberechtigt. Aus dieser Überlegung entspringt der Vorschlag, die ersten 60 % der öffentlichen Schulden aller Länder der Eurozone auf diesem Euro-Anleihenmarkt zu handeln. Für diese „vorrangigen Verbindlichkeiten“ würden dann die Garantien der gesamten Eurozone gelten. Auch für die so genannten „nachrangigen Verbindlichkeiten“, also die Verbindlichkeiten, die die genannten 60 Prozent übersteigen, müssen die Regierungen weiterhin nationale Schuldverschreibungen ausgeben. Selbstverständlich werden diese teurer ausfallen. Auf diese Weise bleibt für diese Länder ein deutlicher Anreiz bestehen, ihre Schulden weiter auf unter 60 % abzubauen.

Selbstverständlich muss im Hinblick auf die Rückzahlung dieser gemeinsamen Verbindlichkeiten der Eurozone ein striktes Regelwerk vereinbart werden, wobei ein gesetzlich einklagbares Vorrecht einzuräumen ist, das eine vorrangige Rückzahlung gegenüber allen anderen Verbindlichkeiten etwaiger anderer Euroländer gewährleistet. Darüber hinaus können die gemeinsamen Garantien der Eurozone nur dann nachhaltig funktionieren, wenn strikte Teilnahmebedingungen für die Mitgliedsstaaten gelten. Diese Bedingungen müssen auf den Vorgaben basieren, die der Vertrag bezüglich öffentlicher Schulden und Haushaltsdefizite vorschreibt. Es ist dann Aufgabe der gemeinschaftlichen europäischen Institutionen, wie etwa der Europäischen Kommission, des EWF oder einer neuen EU-Schuldenagentur, zu entscheiden, welche Länder teilnehmen dürfen. Konkret sind Länder mit Verbindlichkeiten in Höhe von über 60 % nicht teilnahmeberechtigt. Wir müssen jedoch die derzeitige Krise berücksichtigen und deshalb diejenigen Länder teilnehmen lassen, welche die Bedingungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts relativ schnell erfüllen werden. In jedem Fall muss die Teilnahme eines Landes regelmäßig überprüft werden. Es wird Länder geben, die Schritt für Schritt in den Euro-Anleihenmarkt integriert werden, während andere Länder Schritt für Schritt aus diesem Markt gedrängt werden, da sie die Bedingungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts nicht erfüllen und ihre Staatsfinanzen nicht in Ordnung bringen. Kurzum, neben einem verschärften, breiter definierten Stabilitätspakt und der Einrichtung eines neuen, permanenten Krisenmechanismus hätten die europäischen Institutionen mit einem solchen Euro-Anleihenmarkt ein effizientes Werkzeug zur Hand, um die Disziplin und die Stabilität in der Eurozone zu überwachen, ohne dabei die erforderliche Solidarität über Bord zu werfen.

4. Die Verschärfung des Stabilitätspakts

Wir dürfen jedoch nicht naiv sein. Wie hier bereits erörtert wurde, ist es neben der Einführung einer wahrhaft wirtschaftspolitischen Leitung der Eurozone, der Einrichtung eines Euro-Anleihenmarkts und eines permanenten Krisenmechanismus (EWF) auch erforderlich, den Stabilitätspakt selbst zu

verschärfen. In diesem Zusammenhang wird deutlich, dass die derzeitige zwischenstaatliche Methode nicht funktioniert. Die Tatsache, dass den Staats- und Regierungschefs die Entscheidung obliegt, welche Kollegen wann und wie ermahnt, ja sogar bestraft werden müssen, sorgt zwangsläufig dafür, dass dies in der Realität niemals praktiziert werden wird, wie dies auch in der Vergangenheit noch nie praktiziert wurde. Eben hier liegt der Systemfehler im Sanktionsmechanismus, der vom Europäischen Rat verabschiedet wurde. Es ist eine Mehrheit im Rat erforderlich, um gegen ein Land ein Verfahren zu eröffnen. Die Entscheidungsgewalt muss deshalb wieder vom Rat auf die Kommission verlagert werden. Dies ist die einzige Möglichkeit, den Druck auf die Mitgliedsstaaten aufrechtzuerhalten und damit die Einhaltung der Bedingungen zu gewährleisten. Das bedeutet konkret, dass Sanktionen für Länder, die die verschärften Bedingungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts nicht einhalten, automatisch greifen müssen und folglich nicht von Entscheidungen des Rats abhängig sein dürfen. Die Sanktionen müssen intelligent sein, müssen also zu einer Verbesserung der Situation beitragen und diese nicht verschlechtern. Sie sollen nicht so sehr diejenigen bestrafen, die die Kriterien nicht vollständig erfüllen, sondern diejenigen, die sich nicht ernsthaft darum bemühen, die Kriterien zu erfüllen. Die Art der Sanktionen muss verändert werden: Nicht ein Entzug des Stimmrechts, sondern das allmähliche Hinausdrängen der so genannten „Sünder“ aus dem Euro-Anleihenmarkt wird den Druck erhöhen. Dies alles kann auf einfache Weise erreicht werden, wenn Artikel 136 des Vertrags geändert wird, was im Übrigen auch für die Einführung des permanenten Krisenmechanismus erforderlich ist.

Neben dieser permanenten Stärkung des Stabilitätspakts ist auch dringend eine Lösung für das Problem der europäischen Banken erforderlich. Hätte man sich bei Ausbruch der Finanzkrise sofort zugunsten eines europäischen Bankenrettungsplans mit ernsthaften Belastungstests entschieden, wäre es niemals zu der irischen Krise gekommen. Es grenzt schon an Zynismus, dass die nationalen Regierungen bei den unlängst von Seiten der europäischen Institutionen durchgeführten Belastungstests selbst auswählen konnten, welche Banken getestet werden, und dass die Bank, die die derzeitigen Probleme in Irland letztendlich verursachte, nicht unter diesen Banken war. Nur ein europäischer Plan für die Banken kann dafür sorgen, dass dieser Fehler nicht wiederholt wird und kein neuerlicher Bankrott in der Eurozone droht. Kurzum, es ist höchste Zeit, dass wir endlich das tun, was wir im Oktober 2008 bei Ausbruch der Finanzkrise versäumt haben: die Finanzprobleme der Banken getrennt davon zu behandeln und zu lösen, wie die Haushaltslöcher der verschiedenen europäischen Länder zu stopfen sind.

Wie dem auch sei, die Entscheidung vor der wir stehen ist glasklar. Entweder pfuschen die Staats- und Regierungschefs weiter wie bisher, oder sie bewegen sich vorwärts in Richtung einer konsequenten wirtschaftspolitischen Leitung, zu der die Einrichtung eines gemeinsamen Euro-Anleihenmarkts gehört. Im erstgenannten Fall wird der Euro unter den internen Spannungen wahrscheinlich zusammenbrechen. Im anderen Fall sind die Chancen groß, dass der Euro zu einer der vertrauenswürdigsten Währungen der kommenden Jahrzehnte wird. Die von uns zu treffende Entscheidung wird vom Rest der Welt mit Argusaugen verfolgt werden, ganz einfach deshalb, weil dies Einfluss auf alle anderen Länder der Welt hat. Deshalb: Wenn wir in der Eurozone nicht in der Lage sind, an einem Strang zu ziehen und Solidarität mit den Ländern in Schwierigkeiten zu zeigen, dann könnte dies das Ende des vielgelobten europäischen Modells bedeuten. Um dies zu verhindern, gibt es nur eine Möglichkeit: neben dem Währungs-Pfeiler braucht die Eurozone einen Wirtschafts- und einen Politikpfeiler. Das ist der einzige Weg, dem Euro und Europa eine echte Zukunft zu geben.

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Phone +49 5241 81-0
Fax +49 5241 81-81999

Stefani Weiss

Director, Brussels Office
Programme Europe's Future
Bertelsmann Stiftung
Phone +32 2 223-3891
E-Mail stefani.weiss@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de/bruessel